

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

229 (19.8.1919) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verleger: Gustav Reppert, verantwortlich für Politik: Martin G. Salinger, für Baden, Bofales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt, für Heilkunde: Carl Sellemeyer, für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchdruckerei in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seitz, Friedrichstraße 65/66, Telefon-Nr. 1114. Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiliegend ist.

116. Jahrg. Nr. 229.

Dienstag, den 19. August 1919

Erstes Blatt.

## Die Obstruktion.

Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet:

Für die höchst unerquickliche Stimmung, die durch die hastige Gesetzmacherei der Nationalversammlung unter der Reichs-Graberger'schen Leitung ist, war die lange erbitterte Geschäftsordnungsdebatte sehr charakteristisch, mit der ein großer Teil der Montag-Vormittags-Sitzung ausgefüllt wurde. Die Debatte erregte Eindrücke gegen die Besprechung der von Graberger neu eingebrachten Kreditvorlage über 9 Milliarden, da die Parteien keine Gelegenheit geboten hätten, sich mit ihr zu befassen und die Wähler im Lande schon jetzt laut genug für die Oberflächlichkeit, mit der in Weimar die wichtigsten Gesetze erledigt werden, klagten. Herr Eugen-Berg, der Redner der Opposition, legte auch von der Tribüne her rüchlos die Leiden bloß, auf die hier schon oft hingewiesen wurde, nämlich die in letzter Zeit chronisch gewordene Beschäftigungslosigkeit des Hauses. Man muß gehört haben, wie Tribünenhörer angezogen der leeren Bänke im Saale empfanden, um die Tragweite dieser Kritik der Redner beurteilen zu können.

Allerdings ist auch diese Kritik wegen der tatsächlichen Notlage des Reiches zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Der demokratische Abgeordnete Dernburg hat ganz recht, wenn er die Rechtsparteien vor einer mehr oder minder verhaltenen Obstruktion warnt. Herr Graberger war aber diesmal nicht sehr klug, wenn er für den Fall der Ablehnung der Kreditvorlage mit seinem Rücktritt drohte. Wenn dieser Erfolg endlich in Aussicht stände, würde die Opposition, und zwar eine sehr verstärkte Opposition, mit einem wahren Feuersturm laufen. Daran ist aber im Augenblick nicht zu denken, und auch die Parteien der Rechten können, wenn sie gut beraten sind, eine Verlängerung der jetzigen Tagungszeit etwa durch endlose Reden erlauben nicht wünschen. Schließlich erhält Herr Graberger auch wieder seinen Willen. Die Kreditvorlage wird nach einer formalen nur wenige Minuten dauernden ersten Lesung an den Ausschuss überwiesen, in dem der Minister für die sachliche gründliche Beratung erst noch neue Tatsachen und Gesichtspunkte mitteilen will.

Dann folgte die Verhandlung über das Entschädigungsgesetz für die auscheidenden Offiziere und Kapitulanten. Leider tritt auch bei dieser dringenden Hilfsaktion für verdiente und zum Teil jetzt mit schweren Sorgen belastete Volksgenossen, die doch nur sachlich und mit rein menschlicher Anteilnahme behandelt werden dürfte, vielfach die Parteiagitation laut und gefährlich in den Vordergrund.

Der demokratische Abgeordnete Grünwald findet noch die angenehmen Töne, wenn er durch das Gesetz den Offizieren einen öffentlichen Dank für ihre Leistungen im Kriege abklopft, dabei aber von keiner Bevorzugung oder Sonderstellung für sie etwas wissen will. Der Deutsch-Nationale Herr Graefe ist dagegen nicht nur ein hitziger Advokat aller Offiziersinteressen und Ansprüche, sondern zeigt auch die bei ihm schon gewohnte bedenkenlose Einseitigkeit, so daß ihm der Reichswehrminister Noske später an peinliche Anmerkungen, die Graefe in der Kommission getan hat, erinnert. Noske tritt dann selbst mit seinem Temperament für die Regierungsvorlage ein und für die Offiziere ein, ohne zu verschweigen, daß die verschiedenen Demonstrationen von jungen Offizieren, die, wenn man ihnen nicht genug entgegenkomme, mit einer Art radikaler Propaganda drohen, der Sache natürlich nicht genügt haben.

Besonders bemerkenswert und von großer Wichtigkeit waren die Mitteilungen des Ministers, wonach die Zahl der noch in Deutschland befindlichen aktiven Offiziere und Kapitulanten besonders in Folge der böswilligen Uebertreibung unserer Unabhängigen mit dazu beigetragen habe, daß die Franzosen die deutschen Kriegsgefangenen noch immer nicht herausgeben wollen. Noske hält diese Beschuldigung gegen die Unabhängigen auch späterhin aufrecht und scheint sich ferner nicht, gegen den beschuldigten Widerspruch der äußersten Linken die schamlose Ungerechtigkeit zu gestehen, die darin liegt, daß Arbeiter zu den jetzigen hohen Löhnen nur 50 Prozent der Friedensarbeit leisten, aber Peter schreien, wenn man Offizieren und Beamten gegenüber die einfachen Gehälter der Billigkeit erfüllt. Dann geht die Debatte weiter. Herr Stüdlin betont, daß die Offiziere unter dem jetzigen Regime doch besser gefahren seien, als wenn das kommunistische Chaos über uns hereingebrochen wäre. Dr. Mittelmann von der Deutschen Volkspartei läßt dagegen durchblicken, daß, wenn die Offiziere in der ersten Revolutionszeit richtiger ihre Sonderinteressen verfolgt hätten, die jetzige Regierung vielleicht nicht im Amt sein würde. Daß dies nicht gerade sehr geschickt ist, dürfte schwer zu leugnen sein. Dagegen sind einige Verbesserungsanträge, z. B. die sogenannte Bedürfnisfrage bei der Entschädigung über weitere Unterstützung noch wohl aus der Praxis heraus gerechtfertigt. Schade nur, daß dieses Eintreten für die Offiziere und Beamten von den Rechtsparteien immer mit einer skrupellosen politischen Prova-

ganda verknüpft wird. Noske mußte darauf hinweisen, wie gefährlich die Berichte konservativer Blätter über die Stellung der Regierung und der anderen Parteien zu der ganzen Frage immer gewesen sind. In Öffentlichkeit sah sich gerade der preussische Kriegsminister Oberst Reinhardt veranlaßt, dem Ausschuss für seine Vorarbeiten zu danken. Nicht ohne Bewegung konnte man aber die Sätze hören, die an die vielen jenseitigen Wunden erinnerten, die gerade

das Offizierskorps in dieser Zeit erlitten hat. Er tritt dabei nicht nur für Ludendorff als Soldaten ein, sondern auch für die sogenannten Kriegseisernen, die doch einen sehr großen Prozentsatz der im Felde Gefallenen gestellt haben. Bei den Abstimmungen werden zahlreiche Anträge der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, und die Anschaffung des Entourges erhöht im allgemeinen Gültigkeit.

## Polen.

Kämpfe zwischen deutschen Truppen und polnischen Banden. — Die polnischen Putschversuche in Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Berlin, 18. Aug. Von unrichtiger Seite wird uns mitgeteilt: In den letzten Tagen zeigten sich besonders in der Gegend von Kattowitz und Neutischen starke polnische Banden. Die Kämpfe zwischen deutschen Truppen und polnischen Banden dauern an.

Wie wir weiter zu den polnischen Putschversuchen in Oberschlesien erfahren, sind die bis zur Stunde in Berlin vorliegenden Nachrichten noch so unklar, daß sich ein genaues Bild über die Lage in Oberschlesien nicht gewinnen läßt. Doch die Lage in Oberschlesien sehr ernst ist, läßt sich allerdings nicht bestreiten. In unrichtigen Kreisen erwartete man übrigens schon seit längerer Zeit, daß die Polen Putschversuche unternehmen würden. Man glaubt jedoch an dieser Zeit an keine Stelle nicht, daß es sich um Putschversuche handelt, die von polnischen Regierungsstellen veranlaßt worden sind, sondern daß es sich um eigenmächtige örtliche Bestrebungen der polnischen Truppen handelt. Jedem ein Grund zu erneuter Verunsicherung liegt nicht vor, da die notwendigen Maßnahmen bereits getroffen sind. Der Leiter des polnischen General-Kontrollats in Berlin, Komjalar, äußerte sich über die Vorgänge zu einem Mitarbeiter der „National-Zeitung“: „Ich halte die Ereignisse, die sich augenblicklich in Oberschlesien abspielen, ganz und gar nicht für ernst und ich glaube auch nicht, daß sie von irgend welchen polnischen maßgebenden Stellen ausgehen sind. Ich bin auch der Ansicht, daß es unüberwindlich ist, in diesem Moment, in dem die deutsch-polnischen Verhandlungen stattfinden und man sich bemüht, eine Einigung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen, über derartige Vorgänge in solcher Weise über Gebühr zu berichten.“

## Der Streit um das Lechner Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 18. Aug. (Wolff.) Wie der „Temps“ aus Warschau berichtet, haben die Deutschen des Lechner Gebietes infolge der Aussichtslosigkeit der polnisch-schlesischen Verhandlungen über die Lechner-Kraue der interalliierten Kommission den Vorschlag gemacht, das Land, das sich einer Aufteilung zwischen Polen und Tschecho-Slowaken widersetzt, zu neutralisieren.

## Anschluß an Deutsch-Oesterreich.

Das Eisenburger Komitat.

(Eigener Drahtbericht.)

Kristenfeld, 18. Aug. (Wolff.) Die Bevölkerung der deutschen Teile des Eisenburger Komitats hat an die Bundesrat-Regierung ein Telegramm adressiert, in dem mitgeteilt wird, daß die beauftragten Vertreter aller Gemeinden des an Steiermark anrenzenden Teiles von Westungarn am 16. August ihren Anschluß an Deutsch-Oesterreich vollzogen und sich für die Ruachörigkeit zu Steiermark entschieden haben. In einem Telegramm an den Reichswehrminister Noske aus Gabsburg wird dieser aufzufordert, allen maabarischen Behörden, soweit sie von der Bevölkerung nicht zum Bleiben aufgefordert wurden, ununterbrochen den Auftrag zur Räumung des Landes zu geben.

Kristenfeld, 18. Aug. (Eig. Drahtber.) (Wolff.) An den Kommandanten der magyarischen Brachial-gemacht für Westungarn, Oberst Lehner, wurde von 231 Gemeinden Westungarn ein Telegramm geschickt, in dem er den Anschluß der an Steiermark anrenzenden Teile Westungarn an Deutsch-Oesterreich benachrichtigt und aufgefordert wird, keinen Versuch zu unternehmen, dem einstimmig und unbeeinflusst geäußerten Volkswillen zu beugen, er würde sonst auf demselben Widerstand stoßen. An die Entente-Missionen wurden gleichfalls entsprechende Depeschen geschickt. Überall herrscht in Westungarn im Eisenburger Komitat ungeheure Jubel.

## Der Widerstand der Türken.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Basel, 18. Aug. Die Presseinformation erzählt aus Paris: Djemal Pascha, der Generalinspekteur der türkischen Armee, hat sich nach Anatolien begeben, wo er den Oberbefehl der dortigen türkischen Armee übernommen hat. Die schätzungsweise 120 000 Mann stark ist. Es strömen fortwährend ehemalige türkische Soldaten aus allen Landesstellen dieser Armee zu. Djemal Pascha hat sich auf die Seite der Türken gestellt, die sich einer Aufteilung der Türkei durch die Alliierten mit allen Mitteln widersetzen wollen.

## Bevorstehender Rücktritt der Sowjetregierung.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Kopenhagen, 18. Aug. Das Schicksal der russischen Sowjetregierung ist besiegelt. In diesem parlamentarischen Kreise sind auf dem Umwege über Stockholm verlässliche Mitteilungen eingetroffen, nach denen Lenin mit seinen Parteigängern und den derzeitigen Mitgliedern der Sowjetregierung über deren Rücktritt beriet. Die Ereignisse in Ungarn haben Lenin davon überzeugt, daß die Hoffnung auf die Weltrevolution sich niemals erfüllen wird.

## Niederlage der Bolschewisten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 18. Aug. (Wolff.) Das Reichsbureau Radio meldet, daß die Bolschewisten in der Nähe von Alexandrowka Gorka eine große Niederlage erlitten haben. Die neu organisierten russischen Truppen haben die Stadt besetzt. In der Nähe des Bahnhofs Kordisch ist ein Sowjetregiment an den ostländischen Streitkräften überlaufen.

## Die Vorgänge in der Pfalz.

(Eigener Drahtbericht.)

rr. Mannheim, 18. Aug. Die scharfe Spannung, die zwischen der Bevölkerung der Pfalz und der französischen Besatzung wegen der Begünstigung der Schaffung einer Rheinrepublik Pfalz besteht, ist heute nun in Speyer zur Entladung gekommen. Vor einiger Zeit wurde in der Oberpfalz ein Flugblatt verbreitet, in dem gegen die Errichtung dieser sogenannten „Freien Republik“ Stellung genommen und mit den Anhängern eine gründliche Abrechnung gehalten wurde. Die Mitglieder des freien Bundes leisteten alle Beihilfe in Bewegung, um die Verfasser des Flugblattes fassen zu können. Durch Spionage war es ihnen mit Unterstützung der Franzosen gelungen, einige Personen, die die Flugblätter verteilt hatten, in Speyer festzunehmen. Die Festgenommenen wurden unter Drohungen solange befragt, bis sie mit dem Geständnis herausbrachten, daß der angebliche Verfasser des Flugblattes der sozialdemokratische Stadtrat Oberle in Speyer sei. Im Sandumdrehen ließ Oberle, noch ehe er wußte, um was es sich handelte, in Französischer Unterjochung seinen Frau und sein Sohn auf Veranlassung der französischen Besatzungsbehörde verhaften. Die ganze Wohnung der Familie wurde durchsucht und noch dem nötigen Beweismaterial geodet. Das Haus wird von zwei Posten bewacht. Der Vorfall wurde im Laufe des gestrigen Vormittags sehr rasch bekannt und löste unter der ganzen Bevölkerung die größte Erregung aus. Diese steigerte sich gegen den späten Nachmittag dazwischen, daß die Arbeiter und Beamten der Stadt Speyer einstimmig beschlossen, heute früh als Protest gegen die Verhaftung der Familie Oberle in den Streik zu treten. Es sind denn auch tatsächlich heute morgen sämtliche Arbeiter, Beamte und Angestellte der Stadt Speyer von ihren Arbeitsstellen ferngeblieben. Da auch das Druckerpersonal ausblieb, konnten die Zeitungen nicht erscheinen.

## Die Einreise in das besetzte Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Krausfurt a. M., 18. Aug. (Wolff.) Das Zivil-Kommissariat der neutralen Zone teilt mit, daß die Wälderzone, wonach die Einreise in das besetzte Gebiet für 14 Tage verboten wurde, den Tatsachen nicht entspricht. Die Einreise vollzieht sich nach wie vor in der bisherigen Weise.

## Eisenbahnerunruhen im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Saarbrücken, 18. Aug. Nach den in den letzten Tagen einetretenden Nachrichten aus dem Saargebiet haben dort die Eisenbahnerunruhen einen sehr bedenklichen Grad angenommen. Es fanden in Saarbrücken auf die Eisenbahnwerkstätten von Saarbrücken statt.

## Eine Kundgebung der Kölner Erwerbslosen.

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 18. Aug. Heute mittag kam es zu einer großen Demonstration der Arbeitslosen, der hundertlosen Kaufleute und der Hausarbeitervor dem Kölner Rathaus. Am Vormittag hatte im großen Gürzenich eine Versammlung stattgefunden, in der drei Gruppen eine Entschickung annahmen, in der unter anderem von der Stadtverwaltung die Erhöhung der bisherigen Höhe der Arbeitslosenunterstützung und ferner die Gewährung einer Teuerungsauslage gefordert wird. Eine Kommission wurde nach dem Rathaus entsandt, die mit der Stadtverwaltung verhandelte und Antwort zurückbringen sollte. Als dann der Bescheid kam, daß der Oberbürgermeister in Urlaub sei, beschloßen die Teilnehmer, sich die Antwort selbst vom Rathaus zu holen und gegen jeden 11 Uhr vor das Rathaus, wo sie den Beigeordneten Dr. Löbe aufforderten, sofort mit ihrer Kommission die Verhandlungen über ihre Forderungen aufzunehmen.

## Englands Kriegsgewinn.

—ar. Berlin, 18. August.

Die französischen Zeitungen tun sehr auferrecht über die neueste Gestaltung der Dinge in Persien. Sie bedauern mit durchsichtiger Aera, daß das Land der im Briefe so unangehentlich angekauften Lebnide nun ganz unter englische Oberhoheit komme, obwohl ihm doch Unabhängigkeit und Unberücksichtigung angedacht worden sei. Wo sei denn die Kriegeskonferenz und ihre Aufständigkeit für solche Staaten des Selbstbestimmungsrechtes absehbar? Und wo blieben denn die Entschädigungen („Kompenzationen“) Frankreichs in anderen Teilen des Orients? So die französische Presse. Sogar ihrer selbst und weit nicht wie. Der hat denn den Befehl die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu sichern? Antwort: Deutschland im Friedensvertrage, ja schon im Waffenstillstand Bericht auf das russisch-englische Abkommen über Persien vom Jahre 1907 darauf ein. Russland ist zusammengebrochen, Deutschland ist zusammengebrochen. Der Vertrag von Teheran ist nicht mehr. Es ist nicht schade um ihn. Aber was hat denn Frankreich für Persien getan? Nichts. Es hat jahrelangelana rubia angesehen, wie sich England und Russland in Persien zu Tode setzten. Es hat sich kein Ausarabundumsmonopol für Lumbine 50 000 Franken) sichert und dafür General, daß das Unterrichtsministerium (für stellvertretend in französische Hände kam, wo es auch jetzt, unter dem neuen Vorkontrollat Englands verbleiben soll. Als französische Kompenzation! Die Freiheit Persiens ist den Franzosen höchst gleichgültig. Stillschweigend haben sie sich die englische Vorkontrollarbeit in Persien während des Weltkrieges aneignen.

Wie diese Vorkontrollarbeit ausgeführt hat, darüber bestehen Dokumente. Im November 1915 wurde der britische Konsul in Schiras, Major O'Connor, eine Zeitung durch persische Gendarmen inhaft gehalten. Seine Akten fielen dann in deutsche Hände. Sie sind eine Fundgrube von Material sowohl für die rücksichtslose Bedenklosigkeit, mit der England Persiens Rechte mit Füßen tritt, wie auch für den Kampf, der seit dem Teheranvertrage von 1907 nicht mehr offen, dafür aber mit um so größerer Kraft im geheimen England und Russland in Persien gegeneinander führten. Dieser Kampf zwischen den Verbündeten dauerte auch während des Krieges fort. Von der deutschen Regierung ist Ende Januar 1907 eines der aufgefundenen Schriftstücke, ein Brief des englischen Gesandten Doolan, veröffentlicht worden. Eine Auslese aus dem Funde von Schiras findet jeder, der sich dafür interessiert, in der vom Verlag Dr. Neudecker, Berlin, veranstalteten Sammlung „Englische Dokumente zur Erdroscheln Persiens.“ Von berichtet man alles: Barum die schwedischen Offiziere, die zur Organisierung der persischen Gendarmerie ins Land kamen, nicht bezahlt wurden. Barum der ausgesandte amerikanische Finanzmann Morgan Schuster das Land verlassen mußte. Er schrieb schon im Jahre 1912 ein Buch über Persien: „Die Erdroscheln eines Volkes.“

Der britische Imperialismus, der sich in Südpersien eingemischt und im Kriege die Mandantenstellung in Mesopotamien gewonnen hatte, suchte sich ohne wesentliche Widerstände zu finden, erst der von England verhängenen Strafe nach Norden vor. Seine Armeen und Handelsunternehmen wurden wichtige Werkzeuge in den Händen der englischen Diplomatie. Es ist leicht und jetzt eine große Auswärtigkeit und Unkenntnis des Wirklichseins, wenn man behauptet, daß die „friedlichen Eroberer“ dem Lande mehr Kultur und wirtschaftlichen Segen gebracht haben. Die Verbesserungen in den Verkehrsmitteln, in Post und Telegraphie, sind in erster Linie für die wirtschaftliche Ausbeutung bestimmt und bringen den Erwerbenden einen ungleich höheren Nutzen wie den Untertanen. Auch die übrigen Vorkontrollmaßnahmen eines gezeelteren Handelsverkehrs sind keineswegs darauf, daß man nun behaupten kann, die wirtschaftlich durchdrungenen Gebiete erleben einen ökonomischen Aufschwung. Der Gewinn der Vorkontrollmaßnahmen fließt regelmäßig in die Taschen der Erwerber, und unabhängige Betriebe werden immer wieder, daß die Wälder selbst von der Reproduktion so auf wie gar nichts haben, sondern im Gegenteil fließt tiefer in wirtschaftliche wie politische Abhängigkeit geraten. Unternimmt doch der Staat und der neue persische Ministerpräsident Reza Khan nicht die Rechte nach Europa, soll heißen nach London, mit dem Gelde, das England auf die Anteile vorzugeschossen hat. Somit können die beiden gar nicht zueinander sein. Wir sind über diese Dinge genau informiert durch das Komitee der persischen Nationalisten in Berlin, dessen Sprecher Herr Bahadur Khan ist. Aber er so wenig wie die deutsche Regierung in der Weltbelmstraße und wie endlich die Organisation der „Kaltbrüder“, die sich in Persien gegen die Engländer verschrieben hat, werden an dem weiteren Gang der Dinge etwas ändern können. Wo John Bull die Weine auf dem Tische hat, legt er sie so schnell nicht wieder herunter.

## Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

18. Weimar, 18. Aug.

Eröffnung der Sitzung um 10.25 Uhr. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte tritt das Haus in die erste Beratung des

## Anleihegesetzes für 1919

ein. Finanzminister Graberger: Ich werde im Auschuss weitere Mitteilungen zur Begründung machen. Abg. Dernburg (Dem.) beantragt Verweisung der Vorlage an den Ausschuss. Das Haus beschließt dementsprechend.

## Entschädigung der Offiziere.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Entschädigungen an die in Folge der Verminderung der

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Hg. Grünwald (Dem.): Das Gesetz gibt Gelegenheit, in der nächsten Zeit den Dienst auszubereiten. Wir begrüßen es, daß wir ihnen den Lebensweg zu einem anderen Beruf durch erleichtern können.

Hg. v. Gratzke (D.M.): Das Gesetz sollte mit Einverständnis angenommen werden, weil es den Dienst der Nation für einen Teil der Wehrmacht ausbringt. Das der Rücktritt der Wehrmacht verlangt wird, ist untragbar. Bei der Wehrmacht herrscht eine Unmöglichkeit wegen der Offiziersfrage, wenigstens im Unteroffiziersdienst. Wir haben uns im Ausschuss für die Wehrmachtssache ins Zeug gelegt. Sie ist aber nicht durchgegangen, weil die Regierung sie nur sehr langsam vorantreiben will. Auf diese Weise muß man unbedingt dazu kommen, daß man zu dem ersten Willen der Regierung gezwungen ist. Die Angelegenheit der Wehrmachtssache muß sich auf die frühere Wehrmachtssache beziehen.

Reichswehrminister Koste: Es ist richtig, daß sich viele Offiziere jetzt in sehr schlechter Lage befinden, und daß die Wehrmacht eine große Zahl von Kapitulanten gesehen hat. Dieser Zustand wird durch die Auslieferung des Friedensvertrages, der von der Regierung erstattet und lokal durchzuführen ist, noch verschlechtert. 10 000 Berufsoffiziere müssen entlassen werden. Die Unabhängigen haben über die Zahl der noch vorhandenen Soldaten Offiziere verbreitet, die den tatsächlichen in keiner Weise entsprechen. Die Folge davon war, daß in Frankreich der Eindruck erweckt worden ist, daß wir die Bedingungen des Vertrages nicht lokal durchzuführen wollen; eine weitere Folge ist, daß die deutschen Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten werden, weil man befürchtet, daß sie eine weitere Vernehmung der deutschen Heeresmacht bilden würden, von der man sich im Ausland noch immer übertriebene Vorstellungen macht. Zu den Beratungen im Ausschuss ist festzustellen, daß der Ausschuss die Vorlage der Regierung zwar geändert hat, aber von ihrem Grundgedanken nicht abgewichen ist.

Hg. Stücken (Soz.): Eine rechtliche Verpflichtung, den Offizieren in der Übergangszeit zu helfen, können wir nicht übernehmen. Von der Pflicht einer besonderen Dankbarkeit den Offizieren gegenüber kann man nicht sprechen. Gewiß, die Offiziere haben im Kriege ihre Schulden mit Ausnahme derer, die in der Ehe und sonst weit vom Staat angenehme Stellungen bekleiden haben und die leider auch unter das Gesetz fallen. Bei der Übergangszeit der Offiziere in den Zivilberuf des Reiches, der Staaten und Gemeinden müssen die militärischen Vermögensverhältnisse völlig ausgetilgt werden. Wir sind der Meinung, daß das Gesetz so ausfällt, daß es einstimmig angenommen werden könnte.

Hg. Dr. Wittmann (D. S.): Die Auffassung, als ob die Offiziere mit ihrem Eintreten für die Regierung auch ihre eigenen Interessen vertreten hätten, vermag ich nicht zu teilen. Der preussische und deutsche Offizier ist von jeher gewohnt, selbstlos seine Pflicht zu tun. Der Entwurf hat im Ausschuss eine sehr harte Beurteilung durch die Reinerneuerungsparteien erfahren. Vom Zentrum wurde er als dürftiges Kadaverstück mit dürrer Bedrückung bezeichnet. Mit dem unvernünftigen Entwurf war man in Offizierskreisen durchaus zufrieden. Das Gesetz ist aber im Ausschuss so veränderte worden, daß wir dem Gesetz nicht zustimmen können, wenn Sie unsere unaufrichtigen Bedenken nicht ablehnen. Die Entscheidung der Wehrmacht ist ebenso notwendig wie die Zustimmung der unaufrichtigen Bedrückung der sogenannten Reinerneuerung. Unsere Äußerung wollen im Grunde doch nicht mehr, als was die Wehrmacht selbst schon erforderte.

Die Wehrmacht wird um 1/4 Uhr abgebrochen. Wiederbeginn der Sitzung um 3/4 Uhr nachm.

**Nachmittagsführung.**

Vizepräsident Sautmann eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Die Beratung über das Offiziersentlassungsgesetz wird fortgesetzt.

Hg. Wols (Rtr.): Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von den Sozialdemokraten nicht im geringsten angefochten worden, nur das haben wir einen einmündigen, daß in dem Entwurf noch zu viel von dem alten Reinerneuerungsgesetz enthalten ist. Die Stellungnahme der Reichs-Rationalen und der Deutschen Volkspartei läuft schließlich auf die gleiche hinaus. Ein Antrag auf Revision bezieht sich auf die nach diesem Entwurf zu entschädigten Offiziere nicht, und der moralischen Verpflichtung des Staates, für die Offiziere zu sorgen, die ohne ihr Zutun und Verdienen entlassen werden, wird die Vorlage geradezu verneint. Der Wols stellt noch auf die enorme Schwierigkeit hin, welche die Anrechnung der Kriegsdienstzeit für die Wehrmacht auf den Etat haben werden, und empfiehlt jedoch noch dem Staat, die vom Ausschuss vorgeschlagenen Entwürfe anzunehmen (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Rechtlicher Ausschussmitglied spricht seinen Dank aus für die außerordentlich einnehmende Arbeit, die der Ausschuss dem Gesetz widmet hat, das er in manchen Einzelheiten abgeändert hat. Andererseits, fährt der Minister fort, steht die Vorlage nicht so aus, wie wir sie dem Ausschuss hätten. Es geht nicht wider die Ehre, wenn man einen Vermögen-

nachweis erbringen muß, um mehr zu bekommen, als man an sich zu beantragen hätte. Wichtiger ist die Frage der Kreisrenten. Die Kreisrenten haben am meisten Ansehen, aber nach Ansicht des Reichsfinanzministers und des Reichswehrministers sollen sie auf Grund des Härteparagrafen in bestimmtem Umfang nach Rücksicht derjenigen Dienste, die sie nach dem Kriege noch dem neuen Staate leisten haben, entschädigt werden. (Sört! Sört! bei den Unabhängigen.) Von großer Bedeutung ist ferner die Rente, die in Bezug auf die Nichtanzrechnung der Übergangszeit zu Unanthen der Offiziere geschaffen worden ist. Ich würde es sehr bedauern, wenn durch eine unbefriedigende Lösung dieser Frage weitere Vermögensverluste in die Hände der Offiziere hineinträgen würde. Wenn Kriegsdienstverleiher ist das aber auch ein gewisses Maß an Entschädigung. Die neue Wehrverfassung enthält manche Gesehe, die gegen unsere dringende Warnung hinweggehen sind. Da wäre es wirklich mit Rücksicht auf die Offiziere, wenn durch eine entsprechende Behandlung dieses Gesetzes den Empfindungen und Gefühlen der Offiziere Rechnung getragen, und es ihnen erleichtert würde, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden, die sie hineinführen und in die sie hineinführen.

Hg. Seger (L.S.): Das Gesetz will Offiziere und Unteroffiziere wieder eine bevorzugte Stellung geben. Das lehnen wir als undemokratisch ab. Das Ausland muß angelehrt der Vorgänge in Deutschland, namentlich der Stellung der Offiziere, die Auflösung gewinnen, hier sei nicht die jetzige Regierung, sondern die Offiziere nachzubedenken.

Reichswehrminister Koste: Wenn im Ausland die Sorge vor der deutschen Wehrmacht noch besteht und deshalb die Frage der Kriegsgefangenen nicht weiter kommt, so mögen allerdings die Freunde des Vorredners dazu bei, indem sie dort falsche Vorstellungen über die deutsche Wehrmacht hervorgerufen. Noch gestern hat die „Freiheit“ behauptet, auf der sozialdemokratischen Konferenz habe ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf 800 000 bis 1 Million geschätzt. Das ist eine nichtswürdige Verdächtigung Deutschlands, die die armen Kriegsgefangenen zu lächerlich machen. Deutschland hat jetzt nur 400 000 Mann. Darin sind eingeschlossen sämtliche Truppen in der Luft, im Wasser und der Grenzschutz. Bis 1. Oktober wird die Wehrmacht auf 250 000 Mann durchzuführen sein. Selbstverständlich ist, daß über alle Einzelheiten der deutschen Wehrmacht in offener und lobenswerter Weise mit den Vertretern der Entente Rücksprache genommen wird, so daß deren Vertreter zu solcher Rücksprache bereit sind. Offiziell ist es noch nicht gegeben, inoffiziell kann ich mich auf das berufen, was ich gesagt habe. Wir müssen in den Stand gesetzt werden, jenen Mannschaften und Offizieren der Wehrmacht, die Dienst tun und außerordentlich wertvolle Dienste geleistet haben, einen Nachruhm in die Hand zu geben, wenn wir sie entlassen. Sie helfen für Wohlwollen, wenn Sie uns möglichst in den Stand setzen, nun endlich die Wehrmacht durchzuführen. Voraussetzung für den vollen Erfolg ist die rasche Verabschiedung des Gesetzes. (Beifall.)

**Damit schließt die allgemeine Besprechung.**

§ 2, der von der Übergangszeit handelt, ist dem Antrag des Reichsfinanzministers aus dem Ausschuss entnommen, der die Übergangszeit für die Wehrmacht ausdehnt auf die Unteroffiziersstellen.

Die §§ 3 über Verabschiedung von Offizieren mit einer aktiven Dienstzeit von weniger als 10 Jahren, 7 über das Berufsrecht der Wehrmacht, 11 über die Übergangszeit und 14 über das Kündigungsgesetz der Wehrmacht bezieht sich auf die Wehrmacht, die von dem Reichsfinanzminister Dr. Heimg und Genossen angenommen.

§ 15, der bestimmt, daß in Fällen, in denen sich aus den Vorschriften des Gesetzes besondere Härten ergeben und der Reichsfinanzminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister einen Ausgleich vorschlagen kann, erklärt.

Reichsminister Erzberger, daß für Nachzügler eine besondere Regelung getroffen wird. Er schlägt ferner vor, das Gesetz am 1. September 1919 in Kraft treten zu lassen.

Hg. Schöfelin (Soz.) erklärt, daß der Härteparagraf auf Kreisrenten nur in besonderen Fällen Anwendung finden darf.

Kriegsminister Reinhardt: Die Regierung faßt den Härteparagrafen so auf, daß er auf die Kreisrenten, die nach dem 1. April 1918 weiter abnimmt, anzuwenden werden soll. Das schließt nicht aus, daß er in Ausnahmefällen auch Verwendung auf Offiziere findet, die vor dem 1. April 1918 aus dem Heere ausschieden sind. Hierauf wird der Härteparagraf mit großer Mehrheit angenommen.

§ 16 wird gemäß dem Vorschlag des Reichsfinanzministers beschlossen, das Gesetz am 1. Sept. 1919 in Kraft treten zu lassen.

Darauf wird das Gesetz in zweiter Lesung angenommen. Hierauf wird das Gesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und gegen die Unabhängigen angenommen.

**Die deutsche Republik.**

**Das Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte.**

Bekanntlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar des Jahres genötigt gesehen, ein Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte und Schwerunfallverletzte zu erlassen, weil sonst zu befürchten war, daß diese Personen häufig von der Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Kündigungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Verordnungen, zuletzt bis zum 1. September des Jahres, verlängert worden. Das Kündigungsverbot eines solchen Verbotes ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es befähigen zu können, sobald das Gesetz über den Einflussesamans in Kraft tritt, das zur Zeit in dem Reichsministerium vorbereitet wird. Im den Abbau des Kündigungsverbots aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsminister mehrmals angedeutet, daß Kündigungsamans schwerbeschädigter wirksam sind, wenn ihnen die ausländische Gewerkschaften der Kreisbeschäftigtenunterstützung oder die Stelle, die von der Gewerkschaften für die Durchführung des Einflussesamans bestimmt ist, ausgemittelt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer annehmbarer Arbeitsplatz für den Schwerbeschädigten existiert. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Zukunft, sondern auch für alle Kündigungen, deren Wirksamkeit bisher durch das Kündigungsverbot ausgeschlossen war. Die Vereinigungen der Kreisbeschäftigten sind vor dieser neuen Verordnung gehört worden und haben ihr zustimmend.

**Fort mit Erzberger!** „Am der Wahrheit eine Gasse zu schaffen“ und um den vielen, die den Kampf heiliglich contra Erzberger nur bruchstückweise kennen, Gelegenheit zu voller Klarheit zu geben, hat der ehemalige Vizekanzler seine vielgenannten Kampfschriften nun auch als Flugdrift herausgegeben. Damit jeder Leser sich selber sein Urteil bilden kann, läßt der Verleger auch die Gegenstimme zu ihrem Rechte kommen und gibt auf jeden feiner Angriffe die Worte Erzbergers in genauer Wortlaut. So gewinnt die Flugdrift die Bedeutung einer Art Dokumentensammlung für einen Auschnitt aus dem großen Drama des Niederganges Deutschlands. Die Schrift ist im Verlag August Scherl G. m. b. H. Berlin erschienen und kostet 2 Mk.

**Badische Politik.**

**Baden im Reichsrat.**

**Amlich wird mitgeteilt:** „Nach Artikel 61 der neuen Reichsverfassung wird zur Vertretung der deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs ein Reichsrat gebildet, in welchem die einzelnen Länder durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten sind. Baden hat wie auch schon bisher im Bundesrat und Staatsrat aus dem Reichsrat drei Stimmen. Au Mitgliedern des Reichsrats sind Staatspräsident Geis, Minister des Auswärtigen Dietrich und Minister der Finanzen Dr. Wirth ernannt worden. Zu Stellvertretern die übrigen Mitglieder des badischen Staatsministeriums sowie die drei bisherigen Vertreter Badens im Staatsrat, die ihren Dienst in Berlin haben.“

Es sind dies, wie wir erahnen bemerken wollen, der badische Bundes- und Reichsratsmitglied Dr. Wirth, Geheimrat Dr. Friedrich Reier, Ministerialdirektor im Finanzministerium Hermann Kemppf und der im letzten Jahr zur Vertretung der badischen Interessen bei der Leitung der Reichsratsverwaltung zum stellvertretenden Reichsratsmitglied ernannte damalige Reichsminister im Ministerium des Innern Dr. Hermann Reich, dem für die Dauer seiner Verwendung auf diesem Posten Rang und Titel eines Ministerialrats verliehen worden ist.

**Betriebsrats-Wahlen?**

**Amlich wird uns gemeldet:** Da das Reichssekret über die Betriebsräte trotz der starken Bestände der Reichsbehörden und der Nationalversammlung in den letzten Wochen mit allem Nachdruck aufrecht wurde, ist sein baldiges Erscheinen zu erwarten. Wenn die endgültige Fassung auch nicht die letzten Wünsche der in ihren Ansichten weit auseinander abweichenden Parteien betrieblernen wird, erhält doch die Arbeiterklasse eine Waffe, auf der sie sich mit anerkennender Wirkung zum Wohl der Allgemeinheit verantwortlich betätigen kann.

Unter diesen Umständen muß es befremden, daß in Mannheim ein Teil der Arbeiterklasse daran acht, Betriebsräte zu wählen, ohne deren gesetzliche Regelung abzuwarten. Das Vorhaben entbehrt der gesetzlichen Grundlage, und es könnte den ansässigen Betriebsratsangehörigen in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Arbeiterklasse selbst schädigen, wenn in einer bestimmten durch die Gesetzgebung nicht getriebenen Weise versucht würde, jetzt schon neu gebildeten Betriebsräten irgend welche praktische Geltung zu verschaffen. Die Arbeiterklasse würden sich der Gesetzesverletzung mißfällig machen, wenn sie solchen Betriebsräten nachgeben wollten.

ten: sie können gar nicht anders, als sie abhauen. Es ist deshalb zur Vermeidung von Störungen des Betriebslebens dringend zu hoffen, daß die betrieblernen Betriebsratsbestände in Mannheim nicht auf die Riele bedrängt, die einseitige Arbeiterklasse ihr ausweiden, d. h. daß die künftigen Wahlen nur als Probeversuch aufzufassen werden und den Arbeitgebern, die Teilnehmer an den von der Betriebsratsbestände in Mannheim für Anfang Oktober in Aussicht genommenen Intermediationskursen für Betriebsräte auszuweisen.

Auf alle Fälle muß sich die Arbeiterklasse vor Augen halten, daß sie die Regierung zu bestimmten Annahmen zwingen würde, wenn ein unangelegentliches Vorgehen zu Störungen in den Betrieben führen sollte.

**Personalien.**

Der Bezirksarzt für die Stadt Karlsruhe, Geh. Medizinalrat Dr. Franz Kaiser, sowie der Bezirksarzt in Stockach, Medizinalrat Dr. Friedrich König, sind auf Ansuchen auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand versetzt worden. Der erstere ist im Jahre 1881 in Bühlendorf geboren, war vom Jahre 1878 an assistent jedes Jahre praktischer Arzt und begann seine ärztliche Laufbahn im Jahre 1881 als Bezirksarzt in Stockach. Als solcher wurde er im Jahre 1888 zum Kreisarzt versetzt, wo er seit dem Jahre 1897 als Bezirksarzt tätig ist. Dr. Friedrich König ist im Jahre 1850 in Sietzen (Niederrhein) geboren, übte ebenfalls vom Jahre 1876 an die ärztliche Praxis aus und wurde im Jahre 1887 zum Bezirksarzt in Stockach ernannt, wo er bis zum heutigen Tage wirkt.

**Die Neuordnung der Feuerungsbezüge der städtischen Beamten.**

(Eigener Bericht.) Nach dem Vorgehen des Staats beantragt der Karlsruher Stadtrat beim Bürgerausschuß, die Feuerungsbezüge der städtischen Beamten und Arbeiter einer ähnlichen Neuordnung zu unterziehen, wobei gleichzeitig die Vollzugsbestimmungen mit vereinzelten Ausnahmen den städtischen Bestimmungen angepaßt werden. Danach erhalten mit bisher, die vollbeschäftigten Beamten und Beamtenanwärter, sowie die Helfer der Stadt eine Feuerungsbeihilfe, die sich nach der Kinderzahl steigert, und eine Feuerungszulage in der Höhe der städtischen Höhe.

Eine Neuordnung gegenüber den bisherigen städtischen Vorschriften ist die Einteilung in Ordinalen der Feuerungszulage, die aus den städtischen Vorschriften entnommen wird. Nur wird die neue Feuerungszulage nicht wie beim Staat schon vom 1. März, sondern vom 1. April d. J. an bezahlt, weil der städtische Lohnetat erst am letzteren Zeitpunkt ab in Kraft getreten ist. Die Feuerungszulage beträgt in der ersten Ordinalstufe für Ledige, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben, 8000 Mk. und steigt für Verheiratete mit 4 und mehr Kindern auf 3700 Mk. bis zum Höchst, Die seit 1. April d. J. bezahlten laufenden Kriegersteuerzulagen werden auf die neue Feuerungszulage aufgerechnet. Der Stadtrat soll ermächtigt werden, etwaige beim Vollzug der Bestimmungen sich ergebende Härten durch angemessene Zulagen auszugleichen.

Gleichzeitig werden auch die Zulagen für die Pensionäre und Hinterbliebenen neu geregelt. Es wird wie beim Staat auch hier ein Unterschied gemacht zwischen den städtischen Beamten, die vor oder nach dem 1. Januar d. J. in den Ruhestand getreten sind. Die letzteren erhalten zu ihrem Ruhegehalt eine widerrechtliche Feuerungsbeihilfe, die jenseitig unterteilt der ihnen z. B. der Zurücksetzung zum vollen laufenden Feuerungsbezug beträgt, als bei der Verrechnung des Ruhegehalts zu Grunde zu legen sind. Die nach dem 1. Januar d. J. zur Ruhe gesetzten städtischen Beamten und die vorerwähnten städtischen Beamten jenseitig erhalten eine Gehaltsabteilung angerechnet haben.

Erfreulich ist, daß die Stadt die Beihilfe allen Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen gewährt und ihre Gewährung nicht wie der Staat von der Bedürftigkeit abhängig macht. Diese städtische Behandlung wird von den davon betroffenen Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen mit Recht als eine Ungerechtigkeit empfunden, weil den städtischen Beamten ausnahmslos ohne Rücksicht auf ihren Vermögenslage die Beihilfe ausbezahlt werden. Die Ruhegehaltsempfänger erhalten außerdem noch eine Kinderzulage von 110 Mk. für Vollwaisen und eine Doppelzulage vergütet. Die arbeitsfähigen Lehrer und deren Hinterbliebenen werden hier auf die sie die entsprechenden Bezüge aus der Staatskasse erhalten, doch erhalten sie wegen der entsprechenden höheren Gehälter, die sie aus der Stadtkasse bezogen, zum Ausgleich, wenn sie verheiratet sind, einen jährlichen Betrag von 110 Mk., sonst von 60 Mk. Der Verbrauch dieser Feuerungsbeihilfe bezieht sich für die Beamten und Lehrer auf 2 287 000 Mk. und für die Pensionäre und Witwen auf 277 000 Mk.

**Verhungernde Kinder.**

Verhungernde! Nicht hungernde...

Im Inferno eines Volkes; im Erzgebirge.

Eine vierköpfige Autotour mit der Hooverkommission, welche die hungernden Kinder der Adelskolonnen füttern will, hat mich durch das Haglichte und erbornungswürdige Gland geführt, dessen ein Volk teilhaft ist. Ein deutsches Volk führt hier ohne Pöbel, in der Absicht, heftiger Verarmung, zu Grunde dieser Verarmung hat die Hungergefahr nicht eben aufgedünnt und vernichtet. Tausende liegen im Sterben. Und, beständig genug, diese Amerikaner, mit denen ich die Höhe des Erzgebirges durchziehe, waren die ersten, die dem verlorenen Volke die Hand hinreckten. Die anderen hatten ihrer vergessen, so wie man stets jener verabs, die ihre Not nicht auf die Straße hinausführen. Zum Schreien oder Lanze die Kräfte der Erzgebirger nicht mehr hin.

Wie schimm die Häuser des Erzgebirges daran sind, ist kaum zu schildern. Ich sah den Legionär-Dolmetsch der amerikanischen Mission (dem man gewiß keine allzu großen Sympathien für Deutschhören nachzugen kann) schluchzen, als er die Säuglinge sah, die mit schwarzem Kaffee und Gefereis großgezogen wurden; ich sah eine amerikanische Krankenwärterin, deren Herzen fünfjähriger Lazarettkinder gebildet hatte, vor der kollektiven Hungergefahr einer alten Frau ohnmächtig zusammenbrechen; ich sah Einjährige, die weniger wogen, als bei ihrer Geburt und ich sah in große Gemeinden, wo neunzig Prozent aller Kinder rathlos sind, wo erst Dreijährige das Gehen lernen.

Denn unter all dem Mächtigsten dieses Gebirgslandes ist dies das Fürstentum; seine Kinder. Kommen Sie mit in eine Schule des Erzgebirges! Sie glauben nicht, daß dies ein Schulzimmer ist? Sie meinen, dies ist ein Kindergarten für die Kleinsten? Gernach; das hier sind Sieben- und Achtjährige. Denn ich habe Sie in eine erste

Rollschulklasse geführt. Die Unterrichtszeit fehlte nämlich den Geist nicht minder als den Körper, und darum brachten die Kinder hier mehr als ein Jahr, wohl zwei und drei, um dem Reststoff auch nur nahegekommen. Darum werden Sie auch Reuevolle hier sehen. Hier unter diesen Wogen? — Gewiß. Der Reine in der zweiten Bank ist neun Jahre alt, sein Nachbar acht. Derselbe Tag, den Sie kaufte, bantab bemerken: Binziges Geschöchen, in denen große, matte Augen schimmern, überdürrt von mäßig aufgedünnten rathlosen Strömen, Lermchen, die Haut und Knochen sind, und — über den krummen, gelenkquollen Weinen sind, — die gedünnten Spitzhäute der Hungerwasserkrüch. Raum eines all dieser Kinder kann den Kopf aufrecht halten; die abgeehrte Gehirnskulatur ist zu schwach, um ihn zu stützen. — O, nicht doch, bitte, lassen Sie sich nicht vom Mitleid verleben, den Kopf dieses Binzigsten zu streicheln. Das Kind ist kräftig, wie die meisten seiner Mitbürger — und wie sein Lehrer. Sie werden wohl nachgenommen haben, daß der Ichämt ausgehoben hat...

Ein paar Fragen an die Kinder: „Hört mal, wer von Euch hat heute früh nichts gegessen? Ueberhaupt nichts? Nicht einmal Brot? Nicht einmal Wasseruppe?“

Von 47 Kindern zeigen zwölf auf!

„Wer hat schwarzen Kaffee zum Frühstück gehabt? — (Den schwarzen Kaffee-Ertrag, versteht sich.) — „Nur schwarzen Kaffee?“

Dreizehn magere Vermäch geben hoch! „Wer hat Milchsuppe gefressen?“

Es gibt immerhin vier dieser Artiofraten.

„Alle anderen haben „Kräuter“ gefressen, oder „Kräuteruppe“ oder „Kräuterbeimel“. Was das ist? Das große Frühjahrsmahl der Erzgebirger. Erstes Unkraut, das auf lauchbelegten Wiesen murett; „Osternsuppe“ zumeist. Vor jedem Dorf sieht man Kinderwädel diese blaugrünen, lanzettförmigen Blätter zupfen, die wenig Gedacht und fast gar keinen Nährwert haben, aber immerhin den

Magen füllen, den ewig kurrnden, ewig unzufriedenen und ewig enttäuschten Magen. Ja, es sind Kräuter, denen die Kinder ihre Köpfe, die Erzgebirger, ihre Hungergehirne verbannt...

„Nicht es die Kräuter, im Sommer werden es Drogen sein, im Herbst halbreife Nüssen und im Winter — so Gott will — Karotten. Aber der Winter ist weit, und der Hungerstypus macht rahe Arbeit...“

„Kein Einwand, daß es nur den Reinsten so ergötzt. Kein Zweifel der Bevölkerung sind Vermis. Und die andern? Ne nun, der Bürgermeister von Weibert, einer 12 000-Menschen-Stadt, brach unsere Führung durch die Schulen seiner Stadt vorzeitig ab, weil er — den Ruckad umgachalt — fünf Stunden weit ins Gezelt wandern mußte, um ein paar Kilo Mehl für seinen Haushalt zu ergattern. Der Bürgermeister, bitte! Der Mann ist gemeinlich 20 Jahre alt... Nebenbei essen sie sonst noch allerhand. Etwas ausgelassen Kaffee-Ertrag, den sie auf der Ofenplatte haben, oder Grummet, das sie durch die Kaffeemühle drehen, um es nachher im Wasser zu kochen, oder halb- und ganz-faulige Rüben, oder wurmige Sauerkraut (ich sah eine Frau Sauerkraut essen — mit Eier esse) — das so von Waden durchwimmelt war, das sie jeden Döbel auslauben mußte, bevor sie ihn zum Mund führte), oder sie essen sonst irgend etwas, das für die Schwärme, wäre es den Erzgebirger, unerschwinglich. Diese arbeitslosen Heimunterdrückler, Hand-schmüher, Spielzeughersteller und Instrumentenmacher haben ja durchaus nichts anderes als ihre Arbeitslosen-Unterstützung. Ja doch, sie haben auch Kinder, sechs, sieben, acht, neun Kinder! Niemandem habe ich so große Familien gesehen, wie gerade im Erzgebirge, das sie durchaus nicht ernähren kann. Niemandem hängen auch die Menschen so zähe am heimischen Boden, wie gerade hier, da dieser Boden kaum schütteres Gras gedeihen läßt. Ein Ding der Unmöglichkeit, die Erzgebirger auf fruchtbarere Gebiete abzuziehen. Vermeiden es doch die meisten von ihnen, in Fabriken zu arbeiten, weil sie ihr Haus, ihr Dorf tagsüber nicht verlassen können!

„Doch zurück zu den Kindern.“

„Wer von Euch hat kein Semd an?“

„Nicht mal den ich!“

„Wer hat nicht mehr als ein einziges Semd, eben das, welches er jetzt am Leibe trägt?“

„So viel Vermäch geben hoch, daß man sie nicht rasch genug zählen kann, bevor die Müdigkeit sie wieder sinken läßt; mehr als die Hälfte waren es Semd. Der Lehrer nicht ich ein; nur drei meiner Schüler sind hier. Vierzehn Kinder haben buchstäblich gar nichts anzuziehen, sie liegen nackt im Strich. Ihre Eltern haben die letzte Waage, die letzte Kleider gegen Rüben und Kartoffeln eingetauscht müssen...“

„Sie sehen hier überhaupt nur eine Anzahl der besten ernährten und gepflegten Kinder.“ — Barmherziger Gott, wie sehen die anderen aus!

„Wir sehen sie später, von Säulen und Sträße gefressen, verkrüppelt und verblüdet, hinfammend einem Jenem zu, in dem es ihnen selber gehen wird als hier, und sollte es die Höhe sein, die ich diese Kinder in Frühjah und Sauerland im Gebirg und Reingebirg, und wie die Orte alle heißen, die grimmige Besäzner zu Zeiten kommt hat, die — an den letzten Gemessen — noch immer erkehrsmert glückliche erscheinen. In den Jahren sie in den Spitälern der Bezirksärzte in Wittenberg liegen, so mager, daß sich die Dada zum Wachen ihnen wölbe, oder sie kaum schauen können. Die Kinder sind da, erklärte uns der Spitalarzt, benachteiligte unglückliche Menschen, die man nicht mehr ernähren kann, doch daß es alles Brot, das es hier ist, unter seinem Strohdach verfaule. Eine so tiefe Angst vor dem Hunger war in ihm, daß es Vorentsammelte, statt zu essen, daß ein misleitender heiliger Instinkt die Angst vor dem Hunger stärker machte, als die Qualen des Hungers selbst.“ — Und was zählt all die tauben, die Hummen, die idyllischen Kinder, die hier vegetieren? Wer die Tuberkulose, „Hungerkränke“ ist wohl daselbst, was Sie auch „englische Krankheit“ nennen? Trage mich Karolin Weiler von der Hoover-Mission. — O nein, Karolin, englische Krankheit ist! Maditis, Hungerkränke ist die deutschböhmische Krankheit!“



Karlsruher Stadtrat.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 14. August.

Dank des Ehrenbürgers D. Dr. Hans Thoma. Der Oberbürgermeister bezieht das nachstehende Schreiben, das ihm Seine Exzellenz Wi-Nicher Geheimrat Professor D. Dr. Hans Thoma auf die Mitteilung von seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe aus Marzall zugesandt hat:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister! Aus Euer Hochwohlgeboren Mitteilung vom 9. d. M. vernehme ich, daß der Bürgerausschuß am 28. Juli „einstimmig und freudig“ meine Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Karlsruhe beschlossen hat.

Mit herzlichem Dankgefühl empfangen ich diese mir zugewendete hohe Ehre und ich bitte Sie, hochverehrter Herr Oberbürgermeister, diesen meinen freudigen Dank dem hochverehrlichen Bürgerausschuß kundgeben zu wollen.

Künstlerphantasie verleiht sich bei solcher Gelegenheit leicht in Regionen, die über der nackten Tatsache sich aufbauen, und fast wäre ich durch solche Schwingen bestirmt, wenn ich sie nicht von einer höheren Warte als der Persönlichkeit aus betrachten und deuten könnte.

So wage ich zu denken und es auszusprechen: Die mir gemochene Ehrengabe bedeutet eine Huldigung an den Frieden stiller Arbeit, wie sie die Künste mit ihrem der Verehrung gewidmeten Schaffen der Menschheit bringen können.

Die Friedenssehnsucht muß noch so schweren Kämpfen doch wieder mächtig die Menschheit erfassen und gute Früchte bringen, indem sie nach dem hohen Ziel heiliger Ordnung, die auf gegenseitiges Vertrauen, auf williges Hinsichthaben sich aufbaut, hinzieht und wenn auch durch Versuche und Irrgängen hindurch zur Wohlfahrt aller Menschen, die guten Willens sind, führen muß.

Daß ich, ich darf sagen, durch ein volles ganzes Leben hindurch berufen gewesen bin, der friedlichsten aller Künste zu dienen, findet durch die Anerkennung, die mir durch meine Mitbürger zu Teil wird, seine Weihe. — Es war in unserer Stadt, wo ich im Jahre 1869 meine Künstlerlaufbahn beginnen konnte in stiller Schwarzschneider Art, und so ist es auch dieselbe Seinsart, wo ich sie nach 50 Jahren befristet werde. — Wie ich zu meinen wage, drückt sich in meinen Arbeiten etwas von dem sinnig deutschen Wesen aus, das wir wieder als eine unserer guten Volkseigenschaften anerkennen, mit der wir die Hoffnung auf friedliche Zustände verknüpfen wollen, mit der wir der immer dunkeln Zukunft entgegengehen wollen.

Ihre gütige Zuwendung der Stadtgartenkarte und der Freifahrt für die Straßenbahn beziehe ich dankbar als Vorboten der angehängten Urkunde. So lang es einem Zeitiger noch vergönnt sein mag, werde ich bestrebt sein, ein treugehöriger Bürger zu sein.

Zum Schluß spreche ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, noch persönlich meinen verbindlichsten Dank aus für Ihre Mithaltung sowie für das mir die Jahre hindurch stets erwiesene Wohlwollen. Möge unsere Stadt, wenn auch manche äußere Form im Wechsel der Zeit sich ändern muß, in ihrem gesunden Bürgersein den innerlichen Halt finden, den gemeinsames Schaffen gibt und so in aller Zukunft hin blühen und gedeihen!

In vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren gehorhambt ergebener Hans Thoma.

Schulgeldbesetzung. Der Stadtrat beschließt, beim Bürgerausschuß die Schaffung der etatmäßigen Stelle eines Stadt- und Schularztes mit Wirkung vom 1. Oktober ds. J. zu beantragen und durch öffentliches Ausschreiben zur Vernehmung um die Stelle aufzufordern.

Verhungerte Kinder!

Aus dem deutschen Graebirae, das die Fische an anektiert haben, dringt ein furchtbarer Schrei.

Tausende deutsche Kinder verhungern im Graebirae. Kinder mit rhabdittischen Köpfen, Krümmen, verquollenen Beinen, mit abnormen Spitzhäuten der Dunaerwässerung.

Neutrale Reisende, die durchs Graebirae gefahren sind, stellen fest, daß die meisten Kinder der Graebirae nicht von Brot, sondern von Kräutern leben, oder von halb oder ganz verfaulten Früchten und mürbem Sauerkraut. Es handelt sich um die Kinder arbeitsloser Verblutender, Spitzhändler, Instrumentenmacher und Spielzeugmacher. Die meisten Kinder besitzen nicht ein einziges Stübchen, viele liegen taubstumm auf dem Boden. Barmherzigkeit und Ansehensverehrung an den arbeitslosen Kinderföhrern.

Es sind deutsche Kinder, die in der tschecho-slowakischen Republik den furchtbarsten Hunger erleiden. Es sind Kinder von Menschen, die, wie immervoll ihr Schicksal auch sei, a a b e an der Scholle haften.

Wer dieses entsetzliche Leid lindern will, sende seinen Beitrag an die Expedition des „Karlsruher Tagblatts“, Ritterstraße 1, für die Sammlung zugunsten der verhungerten Kinder im deutschböhmischen Graebirae. Der Oesterreichisch-Deutsche Arbeitsausschuß, Geh. Rat Prof. Riegal, Quantität der Leiter, Stefan Grokoman, Hermann Hauchner, Dr. Hermann Ullmann.

Dem Anruf haben sich angeschlossen: Vater (Chefred. d. Vorwärts), Dr. R. Bahr, Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. N., Prof. Dr. Veraträffer, Geh. Rat Prof. Dr. Brandl, Dr. Ludw. Kula, Ferdinand Graessl, Gelehrter Hartmann,

Gerhart Hauptmann, Frau Geuk-Knapp, Lucie Söflig (Deutsches Theater), Frau Kuchaca M. d. N., Geh. Rat Kraus, Frau Zulu Laubenthal-Kaeffer, Rudolf Laubenthal (Deutsches Opernhaus), Prof. Max Liebermann, Oberpräsident Ribbmann, Bina Raffen (Leisina-Theater), Prof. Dr. Mera, Adolf Paul, Nationalrat Dr. Walter Prerauer, Graellena v. Raichbau, Gabriele Reuter, Ribbler (Chefred. d. Taal, Rundschau) Frau Felix Schmidt-Röhne, Oberpräsident Dr. Schwander, Hermann Stehr, Geh. Ob.-Reg.-Rat Straebler, Prof. Ernst Troelisch, Elga Waaner (Deutsches Theater), Max Wolff (Chefred. der B. R. am Mittag), Theodor Wolff (Chefred. des Berliner Tageblatts), Baronin Kannb Worms-Lobesco.

Ausschuß der Reichsminister im Reich, Bund der Deutschen in Böhmen, Ortsgruppe Berlin, Deutsch-österreichische Hilfs- und Wirtschaftsbund in der deutschen Republik, Deutsch-österreichische Biederfeld, Deutsch-Böhmische Gesellschaft, Kriegerabteilung für deutsche Rückwanderer, Berlin, Nationalbund c. B., Reichsverband der Kolonialdeutschen, Reichsverband für katholische Auslandsdeutsche, Verein für das Deutschtum im Ausland, Vereinigung der Deutschen aus dem Ausland, Vereinigung der Deutsch-österreichischen Geschäftler in Berlin, Vertrauensrat der deutschen Kolonisten in Süd-Russland, Niederbayerischer Ost.

Aus dem Stadtkreise.

Vorräte an Getreide, Mehl usw. Laut Bekanntmachung des Bürgermeisters vom 12. August sind Vorräte an Getreide, Mehl usw. anzuweisen, die aus früheren Ernten (also nicht aus der Ernte 1919) stammen und bei Beginn des neuen rechnerischen Erntejahres, also am 16. August, vorhanden waren. Für die Melbungen sind Erhebungsbücher zu bemühen, die bei den Polizeiwachen und Gemeindefretariaten unentgeltlich abzugeben werden. Wer zur Melbung seiner Vorräte verpflichtet ist, sie aber nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet, setzt sich der Straftat aus.

Ernennung. Kiralich fand eine statt besuchte Versammlung der hiesigen Auslandsdeutschen statt. Die Berichte des Vorsitzenden leiten Reunions ab von der reuen Arbeit, die im Interesse der Auslandsdeutschen Anträge unternommen worden ist. Mit lebhaftem Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis von dem Rücktritt der Frau Geh. Rat Klein von der Geschäftsführung der Landeshilfsstelle für heimkehrende Auslandsdeutsche und beklagte die Absendung nachstehender Dankadresse: Ueber 300 im Vereinslokal am „Eisanten“ versammelte Auslandsdeutsche sprachen Frau Geh. Rat Klein anlässlich ihres durch Gesundheitsrückfällen bedingten Ausscheidens aus der Geschäftsführung der Landeshilfs-

stelle für heimkehrende Auslandsdeutsche ihren tiefempfundenen Dank aus für die hingebende, selbstlose Arbeit und das wohlwollende Interesse, das sie den Auslandsdeutschen in den 5 Jahren ihrer Tätigkeit hat aufteilen werden lassen. Wir bedauern die mit ministerieller Zustimmung erfolgte Ernennung des Herrn Geora Seimann, unseres rühmlichen Vorsitzenden, zum selbständigen Leiter der Landeshilfsstelle des Bundesstaates Baden, als eine wohlverdiente Anerkennung seines bisherigen pflichterfüllten Wirkens und als eine Ehrung der Karlsruher Ortsgruppe der Auslandsdeutschen. Da Frau Geh. Rat Klein als Vorstandsmittglied der Landeshilfsstelle auch weiterhin mit der Geschäftsstelle in Rühlung bleiben wird, hoffen wir, auf ihr ferneres Wohlwollen rechnen zu dürfen.

Die Zivilianstellen bei den Bezirkskommandos. In den letzten Tagen erdienen in mehreren Reunions Baden, besonders aber in Mannheim, die Zivilianstellen bei den Bezirkskommandos. In den Ausführenden wird behauptet, daß durch eine Verfügung des Generalkommandos des 14. A.-K. der Zivilianstellen bei den Bezirkskommandos am 1. August 1919 gekündigt werden sollte, falls sie bis dahin nicht in die Reichswehr eintraten wären. Erst durch Einbruch des Bezirksführersverbandes der Zivilianstellen bei militärischen Dienststellen und des Reichsbundes der Kriegsbefehlshaber beim Kriegsministerium wäre die Verfügung aufgehoben und die Zivilianstelle zurückgenommen worden. Diese Behauptung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, unrichtig. Der Entlassungstermin 1. August 1919 wurde vom Generalkommando bereits am 28. Juni aufgehoben, nicht wegen Vorstellens des angeführten Verbandes oder unter Einwirkung des Kriegsministeriums, sondern weil die an sich schon unumstößliche Lage des Arbeitsmarktes nicht durch Entlassung der Zivilianstellen noch mehr belastet werden sollte, und weil andererseits im Hinblick auf die noch nicht terminierten Arbeiten bei den Dienststellen die Befehls der einarbeiteten Zivilianstellen an rechtfertigen war.

Koncert im Stadtpark. Heute Abend finden im Stadtpark Musikaufführungen des Orchester bereits statt. (S. d. Anzeiger.)

Standesbuch-Zusätze.

Todesfälle. 16. Aug.: Johann Scheffel, Chem.-Wirt, alt 61 Jahre; Magdalena Thoma, alt 73 Jahre. Witwe von Benedikt Thoma, Kohlenhändler; Emilie Trübner, alt 54 Jahre, Ehefrau von Andreas Trübner, Fabrikarb. — 17. Aug.: Frieda Schreyer, alt 41 Jahre, Ehefrau von Karl Schreyer, Fabrikarb.; Anna Mangold, alt 66 Jahre, Witwe von Jakob Mangold, Landwirt; Heinrich Keefe, Chem., Eisen-dreher, alt 51 Jahre.

Beerdiungsort und Trauerhaus ermäßigter Personen. Dienstag, 19. Aug., 3 Uhr: Emilie Trübner, alt 54 Jahre, Ehefrau von Andreas Trübner, Fabrikarb.; Frieda Schreyer, alt 41 Jahre, Ehefrau von Karl Schreyer, Fabrikarb.; Anna Mangold, alt 66 Jahre, Witwe von Jakob Mangold, Landwirt; Heinrich Keefe, Chem., Eisen-dreher, alt 51 Jahre.



Merger wird erpact

bei Verwendung von staubfreier Ofenglanzwäsche

Kosak

Beste Qualitätsmarke. Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Böppingen (Württbg.)

Advertisement for Maria Peter and Paul Bordes, engaged. Includes address: Karlsruhe i. B., Bachstraße 59 II., and Waldürn.

Advertisement for Rolf Lang, Maler, Zeichenlehrer a. d. Oberrealschule, and Helle Lang, geb. Fackler, Vermählte. Date: 16. August 1919, Karlsruhe.

Advertisement for a veterinarian, Dr. med. vet. Georg Rauch, specializing in veterinary surgery. Address: Ettlingerstraße 27, II.

Advertisement for an inventor, Dengler & Zielfelder, specializing in fine mechanics. Address: Luisenstraße 34.

Large advertisement for brushes (Bürstenwaren) from Geschwister Knopf. Features various types of brushes like Wurzelbürsten, Scheuerbürsten, Schmutzbürsten, and Auftragsbürsten, along with prices and a large 'KNOPF' logo.

Advertisement for carpet cleaning (Leppich-Reinigung) by Gilliard, Schirmerstr. 5, Gartenhaus.

Advertisement for window displays (Wachsbüsten) by Kaiserstr. 32, Oskar Decker, Tel. 1363.

Advertisement for a wine merchant (Zürcher Wein) by F. Steigerwald & Comp., Seilbrunn a. N.

Obituary notice for Frieda Schreyer, aged 41, wife of Karl Schreyer. Burial on August 19, 1919, at 3 PM at the Protestant church.

Obituary notice for Emil Dürr, aged 18, son of the late Emil Dürr, alt. Burial on August 18, 1919, at 3 PM at the Protestant church.

Advertisement for a mourning hat (Trauer-Hüte) by Geschw. Gutmann, Waldstr. 37 u. 26.

Advertisement for typewriter repairs and cleaning (Schreibmaschinen Reparaturen und Reinigung) by Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden, Amalienstraße 53.

Advertisement for shoes (Mass Arbeit) by S. Salzmann, Kreuzstrasse 22, featuring elegant forms and quick service.

Advertisement for a dressmaker (Hofrat Dr. Tross) and a hat maker (Hofrat Dr. Tross), both bis 9. Sept. verreist. Also includes an advertisement for a bicycle (Weisse Blygen) and batteries (Batterien).



